

The background of the entire page is a close-up, slightly blurred image of the European Union flag, showing the blue field with yellow stars.

Christ*innen gegen Rechts

Warum die AfD
im Europäischen Parlament
nichts zu suchen hat

Position des
Bernhard-Schopmeyer-Kreises
der KAB zum Wahlprogramm
der AfD zur Europawahl 2024



Das Europawahlprogramm der AfD „Europa neu denken!“ wurde auf der Europawahlversammlung der Partei im Juli/August 2023 beschlossen. Es umfasst 51 Seiten, aus denen wir einige wenige Sätze zitieren. Zusammengefasst bieten sie ein erstes Bild davon, wie die AfD die EU umgestalten will. Wir positionieren uns dazu:

Europäische Union

Mit den Verträgen von Schengen, Maastricht und Lissabon wurde das Prinzip der Volkssouveränität ausgehöhlt. Der Versuch, funktionierende demokratische Nationalstaaten aufzulösen und durch eine Art europäischen Superstaat zu ersetzen, ist zum Scheitern verurteilt. (10)

Wir lehnen eine EU ab, die sich zu einem Staat mit Gesetzgebungskompetenz und einer eigenen Regierung aufschwingen will, ebenso die Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“. Ausschließlich in Nationalstaaten mit demokratischer Verfassung können Volkssouveränität und Grundrechte der Bürger gelebt und bewahrt werden. Da die EU nicht im Sinne der AfD reformierbar ist, treten wir für die Neugründung einer europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft ein. (10)

Der AfD schwebt nichts weniger als die Auflösung der EU in der jetzigen Form vor, auch wenn davon aus wahltaktischen Gründen im Programm nicht die Rede ist. Wichtig scheint der Partei die Verteidigungsfähigkeit eines neuen Verbundes zu sein, wobei die Abhängigkeit von Staaten außerhalb Europas aufgehoben werden soll. Ob und wie weit es insgesamt in Zukunft noch zu solidarischen Vereinbarungen unter europäischen Staaten kommen kann, scheint fraglich. Wir wenden uns gegen die Zerschlagung der EU und eine Neuorganisation unter fragwürdigen Vorzeichen.

Migration

Die unreflektierte und uneingeschränkte deutsche „Willkommenskultur“ werden wir – ähnlich wie in Schweden, Dänemark oder Großbritannien – beenden. (15) Die AfD strebt im Ergebnis einen dualen Grenzschutz an. Das heißt, dass die Außengrenzen des Schengenraums bzw. des Europäischen Bundes gemeinschaftlich von der Staatengemeinschaft geschützt werden, die einzelnen Mitgliedsstaaten aber auch zusätzlich in Eigenregie Grenzkontrollen durchführen und andere verhältnismäßige Maßnahmen zur rechtsstaatlichen Abwehr illegaler Migration an ihren eigenen Staatsgrenzen treffen dürfen. (15)

Mit dem wirksamen Schutz seiner Außengrenzen findet die Konstituierung und Abgrenzung des europäischen Pols in der multipolaren Weltordnung einen sichtbaren und spürbaren Ausdruck. Er macht unmissverständlich klar: Hier beginnt Europa und hier entscheidet Europa, wer Zugang erhält. (17)

Die AfD spricht selbst von der „Festung Europa“, die sie errichten will. Damit wird deutlich, dass die Partei den Zuzug nach Deutschland in jeder Form extrem einschränken will. Um das zu erreichen, sollen die Außengrenzen massiv überwacht, Menschen, die Deutschland erreicht haben, umgehend wieder außer Landes gebracht werden und die Lebensverhältnisse in Deutschland für alle, die einen Asylstatus genießen, radikal beschnitten werden. Insgesamt soll damit das „Asylparadies“ Deutschland geschlossen werden. Für uns sind diese Vorstellungen nicht menschenwürdig und nicht mit unserem christlichen Menschenbild vereinbar.

Keine Stimme für verfassungsfeindliche Parteien am 9. Juni!

Wirtschaft

Eine Wettbewerbsverzerrung stellt auch das Anfang 2023 in Kraft getretene Lieferkettengesetz dar, das die AfD von Beginn an mit Verweis auf die vorrangige Zuständigkeit der EU-Staaten bei der Durchsetzung sozialer Standards bekämpft hat. Im internationalen Wettbewerb werden EU-Firmen durch diese Regelung benachteiligt, weil nur ihnen zusätzliche Sozial- und Umweltstandards aufgebürdet werden. (23)

Eine wichtige Voraussetzung für Innovation ist Technologieoffenheit. Die AfD stellt sich deshalb mit allen ihr zur Verfügung stehenden politischen Mitteln gegen das beschlossene EU-Verbot von Verbrennungsmotoren. Europäische Automobilunternehmen und -zulieferer erleiden hierdurch einen erheblichen Wettbewerbsnachteil auf internationaler Ebene. Wir betrachten Subventionen grundsätzlich kritisch. (23)

Auch hier wird deutlich, dass die AfD einzig das Wohl innerhalb der deutschen Grenzen im Blick hat. Arbeits- oder Umweltbedingungen in den Herkunftsländern importierter Waren interessieren die AfD nur so weit, wie sie sich als vorteilhaft für Deutschland erweisen. Dasselbe gilt für die Schlüsselindustrie Automobilproduktion, deren Produkt „Verbrennungsmotor“ aus Sicht der AfD aus wirtschaftlichen Gründen am Leben erhalten bleiben soll. Wir meinen, dies könnte zum endgültigen Aus für deutsche Autobauer führen. Ein Lieferkettengesetz spiegelt außerdem die Verantwortung für die hier konsumierten Produkte über den reinen Kaufpreis hinaus.

Beziehung zu Russland

Russland war über Jahrzehnte ein zuverlässiger Lieferant und Garant einer erschwinglichen Energieversorgung, die aufgrund unserer energieintensiven Industrie die Achillesferse der deutschen Volkswirtschaft darstellt. Zur Wiederherstellung des ungestörten Handels mit Russland gehören die sofortige Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland sowie die Instandsetzung der Nord-Stream-Leitungen. (29)

Traditionell pflegen Politiker der AfD enge Kontakte nach Russland. Inzwischen ist bekannt geworden, dass in Russland sogar konkrete Botschaften formuliert werden, die von russlandfreundlichen Organisationen wie der AfD in Europa gezielt in ihrem Wirkungsbereich verbreitet werden. Das diktatorische Auftreten Putins und der verbrecherische Überfall auf die Ukraine werden verschwiegen oder schöngeredet. Wir meinen, wer den russischen Präsidenten in der gegenwärtigen Situation unterstützt, beteiligt sich an seinen zahlreichen Verbrechen.



**KAB-Diözesanverband
Osnabrück**

Kleine Domsfreiheit 23
49074 Osnabrück
Tel: 0541 318 391